

**Antrag**  
**(Alternativantrag)**

**der Fraktion der AfD**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU**  
**- Drucksache 7/5042 -**  
**Energiekostenexplosion stoppen - Verbraucher und Un-**  
**ternehmen entlasten**

**Kraftstoff- und Energiebesteuerung senken, Inflation**  
**entgegenwirken, eine sichere Energiepolitik im Sinne**  
**der Thüringer Bürger und Wirtschaft ohne politisch ge-**  
**wollte Preissteigerungen gestalten, die Energieversor-**  
**gung im Freistaat stabilisieren**

- I. Der Landtag stellt fest, dass
  1. Steuern auf Kraftstoffe in Form von Mehrwertsteuer-, Energie- und CO<sub>2</sub>-Steuer den größten Anteil an den Endpreisen dieser Güter ausmachen;
  2. die hohe Besteuerung auf Kraftstoffe die Folge politischer Entscheidungen ist, mit denen eine sogenannte Lenkungswirkung erzielt werden sollte;
  3. die jüngsten Preissteigerungen von Benzin, Super, Diesel mit dem entsprechenden Anstieg des Steueranteils eine hohe Belastung für alle Verbraucher, insbesondere Pendler darstellen;
  4. die jüngsten Preissteigerungen ein großes wirtschaftliches Risiko für private und öffentliche Haushalte und die Wirtschaft darstellen, weil sie zu immer schwerer zu bewältigenden Ausgaben führen;
  5. die durch politische Entscheidungen in die Höhe getriebenen Kraftstoffpreise eine Teuerung von Lebensmitteln, zahllosen anderen Produkten sowie Dienstleistungen zur Folge haben und damit die allgemeine Preissteigerung beschleunigen;
  6. die Kraftstoffbesteuerung somit zur hohen Inflationsrate beiträgt, sich so auch negativ auf Haushalte und die wirtschaftliche Entwicklung auswirkt und sich dadurch als unsozial und wirtschaftsfeindlich erweist;
  7. Maßnahmen wie eine deutliche Senkung der Mehrwertsteuer bis hin zur Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Steuer sowohl temporär als auch längerfristig geeignet sind, den Preiserhöhungen bei Kraftstoffen entgegenzuwirken, Bürger und Wirtschaft zu entlasten und die Inflation zu bremsen;

8. in Deutschland infolge politisch veranlasster Preisbestandteile (Mehrwertsteuer, Stromsteuer, EEG-Umlage, Netzentgelte) die weltweit höchsten Strompreise gezahlt werden müssen, die zu einer unverhältnismäßigen Belastung für Verbraucher sowie den für Thüringen prägenden Mittelstand führen;
  9. durch den politisch gewollten Ausstieg aus der Kohleverstromung und dem Ausstieg aus dem Betrieb von Kernkraftwerken eine zuverlässige Säule der deutschen Energieerzeugung entfällt, was die Abhängigkeit von Energieimporten vergrößert und sich wiederum negativ auf den Strompreis auswirkt;
  10. die Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom, die Aussetzung der Stromsteuer und die sofortige Abschaffung der EEG-Umlage sinnvolle Maßnahmen gegen die Belastung von Verbrauchern und Wirtschaft und gegen die Inflation darstellen und zu einer Entlastung der Verbraucher führen;
  11. sich die Preise für Heizöl und Erdgas innerhalb eines Jahres vervielfacht haben, die Ausgaben für Wohnen, Heizen und Bauen unverhältnismäßig angestiegen sind und sich zu einer unangemessenen finanziellen Belastung für die Verbraucher entwickelt haben, der entgegengewirkt werden muss;
  12. sich die Entwicklung der Energiepreise negativ auf den Wohnungsbau und den Sozialen Wohnungsbau im Speziellen auswirkt;
  13. die über höhere Besteuerung auf Energieträger durchgeführte Lenkungswirkung sich als Inflationstreiber erwiesen hat ("grüne Inflation") und diese Situation durch Preissteigerungen infolge geopolitischer Entwicklungen verschärft wird;
  14. durch die Absenkung der Mehrwertsteuer, das Aussetzen der Energiesteuer und die Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Steuer auf Heizöl und Erdgas entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen sind;
  15. durch den Ausbau von effizienten Technologien wie Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerken und durch technologieoffene Forschung an sauberen Kraftwerken die Energieversorgung im Freistaat langfristig umweltschonend und sozialverträglich möglich ist;
  16. beim erforderlichen Import von Energie wie Erdgas auch die Umweltbilanz zu berücksichtigen ist;
  17. der Ausbau im Bereich der sogenannten Erneuerbaren Energien kein geeignetes Mittel gegen Preisanstiege, sondern eine der Hauptursachen für Preiserhöhungen ist;
  18. der Ausbau der sogenannten Erneuerbaren Energien die Energieversorgung auch mangels Speichermöglichkeiten gefährdet und zu höheren Preisen etwa durch Energieimporte und kostenintensive Netzeingriffen führt;
  19. die nachträgliche Bezuschussung besonders belasteter Haushalte und Unternehmen aus dem Staatshaushalt allenfalls kurzfristig Symptome der Energiekrise zu bekämpfen vermag, die mit einer angemessenen Besteuerung und Energiepolitik im Vorfeld nicht erst entstanden wären;
  20. eine kluge Energiepolitik darin bestehen muss, eine stabile, steuerbare, umwelt- und sozialverträgliche Energieversorgung zu gewährleisten, die Bürger und Unternehmen gar nicht erst mit drastischen Preisen auf Kraftstoffe und Energieträger belastet.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
1. sich auf Bundesebene für die Senkung der Mehrwertsteuer auf den EU-Mindestsatz einzusetzen;

2. sich auf Bundesebene für eine Aussetzung der Energiesteuer auf Kraftstoffe einzusetzen;
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass § 9 des Einkommensteuergesetzes im Sinne einer spürbaren Erhöhung der Entfernungspauschale rückwirkend zum 1. Januar 2022 geändert wird;
4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die CO<sub>2</sub>-Steuer auf fossile Kraftstoffe unverzüglich abgeschafft wird;
5. sich auf Bundesebene für die Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom auf den EU-Mindestsatz einzusetzen;
6. sich auf Bundesebene für die Aussetzung der Stromsteuer einzusetzen;
7. sich auf Bundesebene für die sofortige Abschaffung der EEG-Umlage einzusetzen;
8. sich auf Bundesebene für eine Harmonisierung der Netzentgelte und dabei für die Berücksichtigung grundlastfähiger Energieträger einzusetzen;
9. sich auf Bundesebene für die Senkung der Mehrwertsteuer auf Heizöl und Erdgas auf das EU-Mindestmaß einzusetzen;
10. sich auf Bundesebene für die Aussetzung der Energiesteuer auf Heizöl und Erdgas einzusetzen;
11. sich auf Bundesebene für die sofortige Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Steuer auf Heizöl und Erdgas einzusetzen;
12. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass langfristig angemessene und EU-weit gesehen wettbewerbsfähige Steuersätze auf Kraftstoffe, Strom, Heizöl und Erdgas erhoben werden und markteingreifende Instrumente mit politisch gewollter Lenkungswirkung zugunsten der sogenannten Energiewende nicht mehr angewendet werden;
13. sich auf Bundesebene für die Laufzeitverlängerung der letzten drei in Deutschland betriebenen Kernkraftwerke einzusetzen sowie sich dafür einzusetzen, dass die Umweltbilanz beim Import benötigter Energieträger berücksichtigt wird;
14. sich für die technologieoffene Forschung an effizienten, sauberen und sicheren, grund- und spitzenlastfähigen Energieerzeugungsträgern einzusetzen;
15. alle weiteren landespolitischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um der gegenwärtigen Inflation auf allen Ebenen entgegenzutreten.

**Begründung:**

Hohe Preise auf Kraftstoffe, Strom, Heizöl und Erdgas belasten seit Monaten die Thüringer Verbraucher vom Privathaushalt bis hin zu mittelständischen Unternehmen und Großbetrieben. Zuletzt hat sich die Preissteigerung auch aufgrund des Konfliktes in der Ukraine durch Verknappungseffekte und gegenseitige wirtschaftliche Sanktionen beschleunigt.

Die Kraftstoffpreise befinden sich in Deutschland auf Rekordniveau. Die auf Benzin und Diesel erhobenen Steuern und Abgaben machen dabei den größten Teil des Kraftstoffpreises aus. Die Energiesteuer, die jährlich ansteigende CO<sub>2</sub>-Steuer und die Mehrwertsteuer, deren Höhe auf politischen Entscheidungen beruhen, bestimmen je nach Kraftstoffart mehr als die Hälfte des Preises, den die Endkunden entrichten müssen. Die Energiesteuer und die CO<sub>2</sub>-Steuer zielen auf die Entfaltung einer Lenkungswirkung. Erreicht werden soll insbesondere, dass Verbraucher den Kauf von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor zugunsten

vorgeblich "klimafreundlicher" Verkehrsmittel wie insbesondere Elektroautos meiden.

Die hinter solchen politischen Absichten stehenden Annahmen sind allerdings überaus fragwürdig. Keineswegs sind E-Autos gegenüber Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren umweltschonender, wenn man etwa den für die Batterien von E-Autos erforderlichen höchst umweltschädlichen Rohstoffabbau berücksichtigt. Zudem ist zweifelhaft, ob sich durch einen politisch forcierten Umstieg tatsächlich ein relevanter Einfluss auf die Entwicklung des Klimas in Thüringen, Deutschland oder gar weltweit einstellt.

Unzweifelhaft dagegen sind die negativen Auswirkungen der Kraftstoffverteuerung auf alle Haushalte und die Wirtschaft sowie der Beitrag, den die politisch hochgetriebenen Kraftstoffpreise an der Inflation haben. Die hohe Kraftstoffbesteuerung bringt zahllose Menschen, die auf ihr Auto angewiesen sind, an ihre finanziellen Grenzen und belastet gerade die mittelständische Wirtschaft. Besonders betroffen sind dabei diejenigen Bürger, die im ländlichen Raum leben und im ländlich strukturierten Thüringen einen erheblichen Bevölkerungsanteil ausmachen.

Neben der direkten Belastung durch hohe Kraftstoffpreise steht die durch diese Preise getriebene allgemeine Preissteigerung. Diese betrifft besonders Familien und einkommensschwache Haushalte. Die Inflationsrate war Ende 2021 so hoch wie seit 30 Jahren nicht und bewegt sich weiterhin auf hohem Niveau; aktuell beträgt sie über fünf Prozent. Die deutsche Kraftstoff-Hochpreispolitik erweist sich mithin als unsozial und in hohem Maße wirtschaftsschädigend.

Dass eine Senkung der Kraftstoffbesteuerung möglich ist, wenn der politische Wille dazu besteht, lehrt der Blick in unser Nachbarland Polen. Die polnische Regierung hat jüngst als Programm gegen die Inflation die Kraftstoffsteuer abgesenkt, um Bürger und Unternehmen zu entlasten. Diesem Vorbild sollte Deutschland folgen, weshalb die Landesregierung in der Pflicht steht, auf Bundesebene die entsprechenden Initiativen zu ergreifen, um die auf Kraftstoffe erhobene hohe Besteuerung merklich zu reduzieren und damit die Folgen für Privathaushalte und die mittelständische Wirtschaft abzumildern und diese spürbar zu entlasten.

Auch der Strompreis in Deutschland besteht zu mehr als 50 Prozent aus Steuern, Entgelten und Umlagen. Einen Anteil daran hat die Stromsteuer, einen anderen die Mehrwertsteuer. Hinzu kommt die EEG-Umlage. Der Strompreis hat sich hierzulande vor allem infolge politischer Entscheidungen in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Gegenwärtig trägt der hohe Strompreis auch zum Anstieg der Inflation bei.

Die finanzielle Belastung durch die hohen Preise ist für immer mehr Menschen nicht mehr zu tragen. Vor allem Familien, die naturgemäß einen höheren Stromverbrauch haben, aber auch Haushalte mit niedrigen Einkommen sind betroffen sowie insbesondere energieintensive Unternehmen. Ablesbar ist diese unsoziale Entwicklung etwa am Anstieg von Stromsperrungen. Auf der anderen Seite schädigen die hohen Stromkosten die mittelständische Wirtschaft und befördern die Abwanderung von Unternehmen, die in anderen Ländern deutlich günstigere Preisbedingungen vorfinden. Es gilt jetzt, rasch Maßnahmen zu treffen, um der skizzierten Entwicklung entgegenzuwirken. Insbesondere liegt es nahe, bei der Strombesteuerung anzusetzen. Für eine spürbare Entlastung der privaten und gewerblichen Stromverbraucher sind die Umsatzsteuer auf Strom zu senken, die Stromsteuer auszusetzen und die

EEG-Umlage sofort abzuschaffen. Die Landesregierung ist aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen.

Nach diesem Vorbild sollte auch die Besteuerung von Heizöl und Erdgas spürbar abgesenkt werden. Der Preis für Heizöl und Erdgas hat sich innerhalb einer kurzen Zeit vervielfacht. Einen Anteil daran macht gegenwärtig eine Verknappung infolge des Ukraine-Konflikts aus. Unbestritten aber wirkt sich auch hier die auf diese Energieträger erhobene CO<sub>2</sub>-Steuer aus. Diese wiederum wurde explizit als Instrument eingeführt, um über hohe Preise zu einem vermeintlich umweltschonenderen Verbrauch hinzulenken.

Es ist festzustellen, dass Thüringen und Deutschland von Energieimporten abhängig sind, sowohl aus anderen Bundesländern als auch aus dem Ausland. Über 30 Prozent des Primärverbrauchs werden dabei durch Erdgas gedeckt. Die Erdgasspeicher wiederum sind gegenwärtig nicht einmal mehr zu einem Drittel gefüllt und würden bei einem erneuten Kälteeinbruch nur wenige Wochen für eine Versorgung ausreichen. Der Import von Erdgas insbesondere aus Russland soll nach dem Willen der Bundesregierung durch Flüssiggas kompensiert werden, das allerdings insbesondere, wenn es durch das Fracking gewonnen wird, eine wesentlich schlechtere Umweltbilanz aufweist als Erdgas. Zu dieser Bilanz kommt der Transport per Schiffen. Zudem fehlen in Deutschland die nötigen infrastrukturellen Voraussetzungen für eine Energieversorgung mit Flüssiggas (namentlich die sogenannten Terminals).

Hinzu kommt der Ausstieg aus der Kohleverstromung und aus dem Betrieb von Kernkraftwerken. Folge dieser Ausstiegspolitik ist eine größere Abhängigkeit von Energieimporten. Infolge des "Atomausstiegs" sollen Ende 2022 die drei letzten aktiven deutschen Kernkraftwerke vom Netz gehen. Um die Energieversorgung zu sichern, muss geprüft werden, ob diese Abschaltung verschoben werden kann. Ferner ist festzustellen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien den Freistaat von Energiezufuhr abhängiger macht, da weder Photovoltaik noch Windkraft grundlastfähig sind und mit ihnen zudem eine erhebliche Schädigung der Natur und von Kulturlandschaften einhergeht.

Eine mittel- und langfristig tragbare Strategie für eine stabile Energieversorgung durch die politischen Entscheidungsträger im Freistaat existiert nicht. Ebenso wenig der politische Wille für eine technologieoffene Forschung.

Um die Energieversorgung im Freistaat zu sichern, muss die Politik klug und vorausschauend und ohne ideologische Scheuklappen grund- und spitzenlastfähige Energieerzeugungsträger fördern. Die Energiepolitik muss sich an Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Sozialverträglichkeit sowie an einer guten Umweltbilanz der Energiegewinnung orientieren.

Für die Fraktion:

Braga